



Haushaltswoche in Berlin

In dieser Woche werden wir in 2. und 3. Lesung den Haushalt für 2002 beschließen. Es ist der erste Haushalt, der in Euro aufgestellt ist.

Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen halten wir Kurs. Die Konsolidierung des Haushaltes, die wir 2000 eingeleitet haben, wird konsequent fortgesetzt. Zum dritten Mal in Folge wird die Neuverschuldung geringer ausfallen als im Vorjahr. Die Nettokreditaufnahme wird rd. 8,5% der Bundesausgaben ausmachen. Einen niedrigeren Wert hat es mit Ausnahme des Jahres 1989 seit 27 Jahren nicht mehr gegeben.

Trotz der weiter notwendigen Konsolidierungsschritte weist der Haushalt 2002 klare politische Akzente auf:

- Die Förderung von Familien ist und bleibt Schwerpunkt der Regierungsfractionen. Das Kindergeld wird zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode erhöht und auch der Erziehungsbedarf von Kindern wird im Steuerrecht angemessen berücksichtigt.
- Die Ausgaben für Forschung und

Bildung steigen weiter. Im nächsten Jahr stehen rd. 12% mehr zur Verfügung als noch im Jahr 2000.

- Der Haushalt für Verkehr und Wohnen ist mit rd. 13,5 Mrd. € der größte Investitionshaushalt. Schwerpunkte sind die Investitionen in die Schienenwege, die Bundesfernstraßen und die Bundeswasserstraßen.
- Die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik werden auch im kommenden Jahr auf hohem Niveau fortgesetzt. Unser erfolgreiches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird auch in den kommenden Jahren, ab dem Jahr 2002 aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit, fortgesetzt.
- Der Haushalt enthält ein Maßnahmenbündel in Höhe von 1,5 Mrd. € für die innere- und für die äußere Sicherheit. Der Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird um 100 Mio. € aufgestockt und erhält weitere 100 Mio. € aus dem Anti-Terror-Paket für die zivile Krisenprävention. Für Afghanistan werden 80 Mio. € eingestellt.

Ersparen...

*...sollen wir Peter Struck eines, so bat er auf dem Parteitag:
„Ich frühstücke lieber mit Rezzo Schlauch und Kerstin Müller als mit Guido Westerwelle.“*

In dieser Ausgabe:

Zur wirtschaftlichen Lage	2
Umsatzsteuerbetrug wird bekämpft	3
Rechte Behinderter gestärkt	4
Naturschutzgesetz beschlossen	4



Zur wirtschaftlichen Lage

Die weltweite Konjunkturschwäche geht nicht spurlos an Deutschland vorbei. Trotzdem gibt es keinen Anlass für übertriebenen wirtschaftlichen Pessimismus. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr weiterhin mit einem Wachstum der deutschen Wirtschaft, das dem Durchschnittswachstum der neunziger Jahre entspricht.

Der nach dem Regierungswechsel 1998 zu verzeichnende Konjunkturaufschwung hat insbesondere durch die Vorgaben aus den USA, die Nachwirkungen der Ölpreiserhöhungen im letzten Jahr und der Terroranschläge am 11. September 2001 an Schwung verloren. Die deutsche Wirtschaft befindet sich - genau wie andere EU-Staaten - im Tal einer Konjunkturdelle. Es gilt nun, die Entwicklung der Daten in den kommenden Monaten zu beobachten. Strohfeuerprogramme - wie sie von der Opposition in ständiger Wiederkehr gefordert werden - sind fehl am Platz.

Die Koalition wird ihre Politik der Stetigkeit und Verlässlichkeit weiter fortführen. Wir haben stabile Rahmenbedingungen geschaffen, entlasten die Wirtschaft, stärken die wirtschaftliche Nachfrage und ermöglichen die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Dies geschieht u.a. durch

- eine nochmalige Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind um 30 DM auf 300 DM

- die Einführung einer steuerfreien Reinvestitionsrücklage, von der insbesondere der Mittelstand in Form einer jährlichen Steuerersparnis von rund 300 Mio. DM profitiert
- die Aussetzung einer Änderung der branchenbezogenen Abschreibungsfristen, die ursprünglich zum 1. Januar 2002 in Kraft treten sollten. Die Entlastung der Wirtschaft liegt bei 1,3 – 1,5 Mrd. DM.
- das Job-AQTIV-Gesetz, das eine umfassende Reform der Arbeitsvermittlung einleitet, die berufliche Qualifikation stärkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert
- das Zukunftsinvestitionsprogramm, mit dem seit 2001 drei Jahre lang zusätzlich 8,7 Mrd. DM für Investitionen in Schiene und Straße bereitgestellt werden
- das Meister-BAföG, das fortbildungswilligen Fachkräften die gleichen finanziellen Leistungen wie Studierenden zur Verfügung stellt
- eine Senkung (der Rentenversicherungsbeitrag ist von 20,3% auf 19,1% gesunken) und Stabilisierung der Lohnnebenkosten
- das „Stadtumbauprogramm Ost“, das Finanzhilfen für Wohnungswirtschaft und Städtebau in Höhe von 2,2 Mrd. DM durch den Bund und zusätzlich 2 Mrd. DM durch die Länder bis 2009 vorsieht
- das Programm „Bauen jetzt“, mit dem die

Fortsetzung auf Seite 3



Umsatzsteuerbetrug wird bekämpft

Um den Missbrauch bei der Umsatzsteuer zu bekämpfen, ist ein verbessertes, schnelleres und effizienteres Kontrollverfahren nötig. Deshalb haben wir in der letzten Sitzungswoche in 2. und 3. Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beschlossen. Damit tragen wir zum Schutz ehrlicher Steuerzahler und zur Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen mit bei.

Es ist u.a. vorgesehen, monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen für neu gegründete Unternehmen einzuführen und die Kontrollbefugnisse der Finanzbehörden auszuweiten, um so

dem organisierten Umsatzsteuerbetrug durch sog. Karussellgeschäfte beizukommen.

Durch kriminelle Machenschaften aus diesen Karussellgeschäften, bei denen Unternehmen durch den Aufbau von grenzüberschreitenden Lieferketten in den Genuss von Vorsteuererstattungen kommen, ohne dass die in der Kette entstandene Umsatzsteuer entrichtet wird, gehen den Gebietskörperschaften jährlich zwischen 15 und 20 Mrd. DM verloren.

Neben der massiven Entlastung von Steuerzahlern ist die Herstellung von mehr Steuergerechtigkeit zentrales Ziel unserer Steuerpolitik. Dazu trägt dieses Gesetz bei.

Fortsetzung von Seite 2

Bundesregierung die für das Wirtschaftswachstum wichtige Infrastruktur sichert, die Bauwirtschaft aktiv unterstützt und für eine stabile Beschäftigungslage in der Branche sorgt

- ein Übernahmegesetz, das dazu beiträgt, die Interessen von Arbeitnehmern und Kleinaktionären bei Firmenübernahmen zu schützen
- ein neues Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das die ressourcenschonende und klimafreundliche Form der Energieerzeugung fördert, indem es entsprechende Anlagen sichert und Anreize zu ihrer Modernisierung schafft
- die Verwendung der Einnahmen aus der LKW-Maut für ein Anti-Stau-Programm, mit

dem von 2003 bis 2007 über den normalen Investitionshaushalt gravierende Engpässe bei Autobahnen, Schienenwege und Wasserstraßen beseitigt werden sollen.

Und: Rot-Grün hat das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik durchgesetzt. Die Steuerzahler werden im Zeitraum von 1998 bis 2005 durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/ 2002, die Steuerreform 2000 und weitere Reformmaßnahmen um gut 93 Mrd. DM nachhaltig entlastet.

Und: Die derzeitigen niedrigen Zinsen und die niedrigen Ölpreise sind gute Voraussetzungen für die Wiederbelebung der Konjunktur.

Für das nächste Jahr rechnet die Bundesregierung daher mit einer Wachstumsbelebung.

Bodo Seidenthal, MdB	Büro: Paul-Löbe-Haus, Zi. 7.237/39/41 Telefon: 030/227-7 38 66	Bürgerbüro: Schuhstraße 24 38350 Helmstedt Telefon: 0 53 51/59 98 27	Wahlkreisbüro: Schillerstraße 6-8 38440 Wolfsburg Telefon: 0 53 61/1 44 18
Postanschrift: Platz der Republik 1 11011 Berlin	Fax: 030/227-7 64 19 E-Mail: bodo.seidenthal@bundestag.de Ansprechpartnerin: Katharina Fricke	Ansprechpartnerin: N. N.	Ansprechpartner: Dirk Roller

Rechte Behinderter gestärkt

In der letzten Sitzungswoche haben wir in 1. Lesung das Gleichstellungsgesetz für behinderte Menschen beraten.

Nach dem im Oktober letzten Jahres beschlossenen Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und dem zum 1. Juli 2001 in Kraft getretenen neuen SGB IX ist das Gleichstellungsgesetz das dritte wichtige Gesetz der Koalition, mit dem wir die Rechte von Menschen mit Behinderung stärken und unserem Ziel näher kommen, Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe Behinderter zu fördern und dem Benachteiligungsverbot des Art. 3 Abs. 3 GG Geltung zu verschaffen.

Kernstück des Gesetzentwurfes ist die Herstel-

lung barrierefrei gestalteter Lebensbereiche. Behinderte sollen zu allen Lebensbereichen einen umfassenden Zugang und eine uneingeschränkte Nutzung haben können. Neben der Beseitigung räumlicher Barrieren für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte geht es auch um die bessere Gestaltung der Lebensumwelt für Sehbehinderte und um die erleichterte Kommunikation etwa mittels Gebärdendolmetscher.

Seit der Regierungsübernahme haben wir einen neuen Weg in der Behindertenpolitik eingeschlagen. Statt Fürsorge und Diskriminierung stehen Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe im Mittelpunkt unserer Politik für behinderte Menschen.

Naturschutzgesetz beschlossen

Wir haben in 2. und 3. Lesung unseren Gesetzentwurf zum Bundesnaturschutzgesetz beschlossen. In Zukunft wird die Flächennutzung natur- und umweltverträglicher gestaltet, ein großflächiges Biotopverbundsystem auf mindestens 10% der Landesfläche geschaffen und die Verpflichtung zur flächendeckenden Landschaftspflege aufgenommen. Wir führen die Klagemöglichkeit anerkannter Naturschutzvereine auch auf Bundesebene ein. Um die Akzeptanz für Natur- und Umweltschutzmaßnahmen zu steigern, wird ein besonderer Schwerpunkt

auf die Kooperationen zwischen Naturschützern und Naturnutzern, wie Landwirten und Natursportlern, gelegt.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Novelle und der Änderungsanträge der Koalition ist der Ausbau des Meeresnaturschutzes.

Mit der Verabschiedung des Bundesnaturschutzgesetzes wird eines der zentralen umweltpolitischen Vorhaben der Regierungskoalition umgesetzt und der überfällige Politikwechsel beim Natur- und Artenschutz eingeleitet.